



Deutscher Bundestag
Verteidigungsausschuss
Die Vorsitzende

Pressemitteilung

Schwarz-Gelb spart bei Sozialer Stadt

Kastner zeigt sich verärgert über kurzfristige Regierungspolitik

Berlin, 16.11.2011

Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB
Vizepräsidentin a. D.
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73217
Fax: +49 30 227-76405
susanne.kastner@bundestag.de

Berlin/Bad Kissingen/Rhön-Grabfeld/Haßberge Die Haushaltsbeschlüsse der Regierungskoalition gefährden den sozialen Städtebau. Bei der so genannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses hat die Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und FDP die Bundesmittel für die Städtebauförderung zwar leicht erhöht, verhindert allerdings die pragmatische Umwidmung von Haushaltstiteln.

Kommunen und Länder, sozial- und wohnungswirtschaftliche Verbände und unzählige Projektbeteiligte haben mit ihrem massiven Protest die von Minister Ramsauer ursprünglich geplante dritte Kürzungsrunde der Städtebauförderung verhindern können.

Statt der gekürzten 410 Mio. Euro hat der Haushaltsausschuss Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung von insgesamt 455 Mio. Euro beschlossen. Schwarz-Gelb bleibt damit aber weit hinter den Forderungen der Oppositionsfraktionen.

Insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ ist der große Verlierer bei den Kürzungen in der Städtebauförderung. Beim Programm „Soziale Stadt“ bleibt es bei der 60 %igen Kürzung gegenüber dem Haushalt 2009, wodurch nur 40 Mio. Euro für dieses wichtige Programm verbleiben. „Ein starkes Stück ist es, dass die Regierungskoalition per Haushaltsvermerk beschlossen hat, dass bei Bedarf Mittel aus anderen Programmen künftig nicht in den Fördertopf „Soziale Stadt“ umgewidmet werden können.“ zeigt sich Susanne Kastner verärgert. „Eigentlich ist das eine durchaus übliche Praxis, die bei der „Sozialen Stadt“ von der Regierungskoalition aber ausdrücklich ausgeschlossen wurde.“

Gezielte Investitionen in sozialen Brennpunkten sind damit kaum noch möglich, das Quartiersmanagement steht vielerorts auf der Kippe. Damit schwächt die Regierungskoalition einmal mehr ein erfolgreiches Instrument der sozialen Stadtentwicklung.



„Mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses gibt die Koalition den Anspruch auf eine zukunftsfähige Gestaltung der Städte und Gemeinden quasi auf.“ so das Fazit von Susanne Kastner.

Auch bei den Programmen Stadtumbau Ost und West bleibt es bei einer Kürzung um ein Drittel gegenüber 2009. Damit verbleiben nur rund 83 bzw. 72 Mio. Euro für die Maßnahmen. „Angesichts der demografischen Herausforderungen und der Schließung von Bundeswehrstandorten, ist das deutlich zu wenig für eine vernünftige Städtebauförderung.“ sagte Kastner.